

DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Peter,
was Du letzte Woche über die USA geschrieben hast, unterstreicht recht eindrucksvoll, was ich vor 14 Tagen angedeutet hatte: Neben den dortigen Kontroversen sind unsere Meinungsverschiedenheiten kaum von Belang und eigentlich sogar ein guter Grund, die Gemeinsamkeit der Demokraten öfter zu unterstreichen, als es im Wettbewerb politischer Parteien üblich ist.

Du sprichst an die Adresse von George W. Bush von Täuschung des Weltsicherheitsrates, vom völkerrechtswidrigen Angriffskrieg im Irak mit über 100 000 Toten und von Folter und Kidnapping als Mittel staatlicher Justiz. Deutlicher und schärfer kann ich es auch nicht formulieren.

Und natürlich habe ich auch nicht sagen wollen, dass Barack Obama über jede Kritik erhaben sei. Was Du ihm vorhältst, trifft ja alles zu: Er hätte Guantanamo wie versprochen binnen Jahresfrist schließen müssen, auf die Bohrlochkatastrophe im Golf von Mexiko nicht so hilflos reagieren dürfen und die Investment-Banker schärferer Kontrolle unterziehen sollen. Hier ist er seinem eigenen An-

spruch nicht gerecht geworden. Das muss er sich sagen lassen.

Die Vorwürfe der TeaParty-Bewegung, die ich unerträglich selbstgerecht und verlogen finde, kommen ja aus einer ganz anderen Ecke und haben nichts mit Enttäuschung zu tun, aber sehr viel mit ideologischer Verblendung und blankem Hass. Mal sehen, wie die Republikaner mit dieser „aufgedrängten Bereicherung“ durch fanatisierte Hilfstruppen zurecht kommen. Einem aufgeklärten und liberalen Repräsentanten dieser Partei wie Henry Kissinger müssten diese Geister, die er gar nicht gerufen hat, eigentlich unheimlich sein.

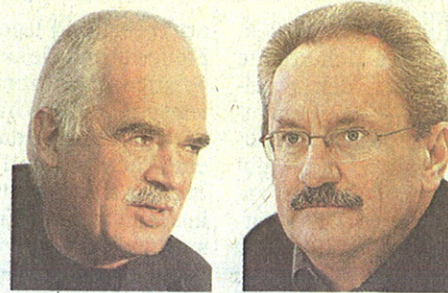
Noch ein Konsens zwischen uns: Wir brauchen tatsächlich ein Endlager für radioaktiven Müll, ganz unabhängig davon, ob es kürzere oder längere Laufzeiten gibt. Aber siehst Du wirklich nicht den riesigen politischen Unterschied zwischen Verkürzung oder aber Verlängerung der Laufzeiten? Einer Regierung, die den Atomkraftwerken die Laufzeit so eng wie möglich begrenzt, hat selbst die Protestbewegung zugestanden, dass der schon angefallene Abfall endgelagert werden muss. Aber die

schwarzgelbe Entscheidung, den schon gefundenen Kompromiss wieder aufzukündigen und noch mehr Atom-müll zu produzieren als unvermeidbar ist, hat den Streit von neuem entfacht und die Menschen auf die Straßen, leider auch auf die Schienen getrieben. Sie halten es für nicht vertretbar, dass trotz der ungelösten Endlager-Thematik weiterer radioaktiver Abfall aufgetürmt und kommen-

den Generationen aufgebürdet wird – für Jahrtausende! Mit den Sonntagsreden von der hochgeschätzten Nachhaltigkeit und dem Respekt vor der Schöpfung ist die schwarzgelbe Atompolitik ja wohl kaum in Einklang zu bringen ...

Du wirst staunen: Trotz dieser rotgrünen Übereinstimmung bei der Atomkraft geht mir der Mode-Boom grünen Protestes zurzeit ziemlich

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Ist der Volkswille wirklich immer grün?

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU)
liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen
Schlagabtausch. Heute: Christian Ude.

auf den Keks. Ich bestreite schlichtweg, dass sich das Nein der Grünen stets auf den Volkswillen stützen kann, wie manche Medien uns in ihrer Mode-Begeisterung jetzt weismachen wollen. Für München wäre das grüne Nein zur Neuen Messe im Osten der Stadt ein Desaster gewesen, wenn es nicht von Rot-Schwarz ebenso überstimmt worden wäre wie das grüne Nein zum Flughafen, ohne den sich die ganze Region niemals wirtschaftlich so erfolgreich hätte entwickeln können. Das wissen übrigens auch die grünen Mandatsträger, die in der Neuen Messe Großveranstaltungen zur Solartechnik und zum Radverkehr eröffnen und am Flughafen zu Reisen in die Dritte Welt starten.

Du weißt es selbst ja am besten, dass der Volkswille keineswegs immer grün (und investitionsfeindlich) sein muss, sondern auch mal schwarz sein kann: Der von Euch gegen uns durchgesetzte Tunnelentscheid hat bewiesen, dass „der Bürger“ keineswegs grundsätzlich gegen Großprojekte ist. Manchmal ist er halt sogar nachdrücklich dafür. Nach der Schlappe der Hamburger Schulpolitik verbietet sich eigentlich die

Klischeevorstellung, jedes Aufbegehren der Bürgerschaft sei Wasser auf die Mühlen der grünen Partei; in Hamburg sind den Grünen vielmehr die Felle davongeschwommen (der CDU und der SPD übrigens auch, so dass kein Anlass zur Schadenfreude besteht, nur ein Zwang zu etwas differenzierterer Betrachtung).

Übrigens bin ich mir sehr sicher, dass das bedeutendste Großprojekt, für das wir uns beide dieser Tage engagieren, nämlich die Bewerbung um die Olympischen Winterspiele 2018, von der Bevölkerungsmehrheit viel positiver gesehen wird als von den Landtagsgrünen, die sich noch eine Zeit lang mit Kritik profilieren wollen, hinterher aber wie bei Messe und Flughafen froh sein können, sich nicht durchgesetzt zu haben ...

Was Stuttgart betrifft, sollten wir abwarten, welche Wunderwerke der Moderator zustande bringt. Vielleicht entsteht ja in gar nicht allzu ferner Zukunft der Wunsch nach Politikern, die nicht nur moderieren, sondern endlich mal tatsächlich Entscheidungen treffen ...

Mit herzlichen Grüßen
Dein Christian